

# Land-Freitung

Überausfünftiger Jahrgang.

Anzeigengepreise:

Die 6 gelbten 34 mm breite Millimeterweite oder deren Raum 30 Pf. und Restlinien die 22 mm breite Millimeterweite 20 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. für die Anzeigengestaltung. Erfüllungsort: 6 Halle. Zeitungsnummer 1202. Sonntags und Feiertags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 18. Dr. Brandhauser, 17. Zeitung-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 35 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Bezugsgespresse:

Für alle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 3.00 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, auch die Post 7.50 Mark einschließen. Aufstellungsgeld, Veränderungen werden von allen Abnehmern vollständig aufgenommen. Im Einzelnen, Zeitungsverzeichnis unter dem Titel eingetroffen. Für unregelmäßig eingetroffene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. „Land-Freitung“ gestiftet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1138.

Nr. 70.

Halle, Mittwoch den 11. Februar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

## Die neueste Verfassung Deutschlands

REB. Paris, 10. Febr. (Kavas.) Ministerpräsident Millerand hat gestern der deutschen Regierung eine Mitteilung hinsichtlich des Aufbaus der Verfassung für die Rheinische Besetzung zugehen lassen. Die Mitteilung enthält nach 5, 10 und 15 Jahren von den Gegnern geräumt werden. Jetzt will man diese Fristen offenbar ändern, um das Land besser verwirklichen zu können.

## In Berlin noch nichts bekannt.

Nur eine irrtümliche Meldung?

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris ist die Meldung verbreitet, Ministerpräsident Millerand habe vorgeschlagen der deutschen Regierung eine Mitteilung zugehen lassen, daß die Frist, von der an die Rheinische Besetzung beendet wird, wegen Nichtumsetzung des Reichsvereins hin- und hergeschoben werden sollte. In diesem unterirdischen Artikel ist von einer solchen Mitteilung bisher nichts bekannt geworden, und man ist geneigt zu glauben, daß es sich um eine erkenntnislose irrtümliche Meldung handelt. Auf die Auslieferungfrage kann sich diese Mitteilung nicht beziehen, denn wie schon aus dem Datum der angeführten Mitteilung hervorgeht, war an dem Tage, an dem sie der deutschen Regierung übergeben worden sein soll, die Anleihefrage noch nicht einmal 24 Stunden in den Händen des Auswärtigen Amtes. Und was die Frage wegen angeblicher Forderung von französischen Renten betrifft, so können gerade härtere Verhandlungen, deren Verlauf bisher ein Einreise der französischen Regierung durch Noten und Vergleich in keiner Weise begründet. Es wird also, wie gesagt, für wahrheitslieblich gehalten, daß es sich um eine ärgersinnige demagogische „Gee des Paris“ einnehmende, in tendenziöser Weise ins Ausland verbreitete Meldung handelt, die in der gegenwärtigen noch ungelösten Anleihefrage irgendwieweit Verwirrung anzuschleppen beitragen soll.

## Weitere Wahlergebnisse aus Nordschleswig.

Hensburg, 11. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Bis heute vormittag 8 Uhr sind folgende zusammenfassenden Ergebnisse der Abstimmung in der ersten Zone festgesetzt: Hadersleben-Stadt 3266 deutsche, 5202 dänische Stimmen, Hadersleben-Land 2800 deutsche, 23 600 dänische Stimmen. Es fehlen noch zehn Landgemeinden. Sonderburg-Stadt 2601 deutsche, 2027 dänische Stimmen. Sonderburg-Land 2281 deutsche, 12 323 dänische Stimmen. Es fehlen noch vier Gemeinden. Tondern-Stadt 2503 deutsche, 751 dänische Stimmen. Tondern-Land 5094 deutsche, 6108 dänische Stimmen. Apperab-Stadt 2734 deutsche, 2238 dänische Stimmen. Apperab-Land 634 deutsche, 1246 dänische Stimmen. Es fehlen noch zahlreiche Gemeinden. Hensburg-Land 273 deutsche, 371 dänische Stimmen. Es fehlen noch einige Ortsgebiete. Es sind also bisher insgesamt gefaßt worden für Deutsch- und 20 927 Stimmen, für Dänemark 55 270 Stimmen. Das endgültige Abstimmungsergebnis wird heute vormittag von der Entente-Kommission mitgeteilt werden. Die bisherigen Zahlen bedeuten, daß mehr als ein Viertel der abgegebenen Stimmen für Deutschland, die Mehrheit für Dänemark entschied. Vorbehaltlich ist für uns verloren. Die noch ausstehenden Ergebnisse der fehlenden Landgemeinden werden dieses Ergebnis aber wahrscheinlich als verfehlter. (Siehe auch den Leitartikel.)

## Krisis im Reichswirtschaftsministerium

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) In mehreren Hamburger und Leipziger Blättern, ebenso in süd-deutschen Zeitungen sind Meldungen veröffentlicht, daß der Reichswirtschaftsminister von seinem Posten zurücktreten werde. Als Grund des Rücktritts wird angegeben, daß der Minister an der Kabinettbildung über die Auslieferungfrage nicht teilgenommen habe, weil er anderer Meinung als die übrigen Mitglieder der Reichsregierung ist. Demgegenüber wird festgestellt, daß der Reichswirtschaftsminister nur deshalb an der fraktionellen Kabinettbildung nicht teilgenommen hat, weil wichtige Besprechungen in seinem Ministerium seine Anwesenheit dort nötig machten. Im übrigen legt der Reichswirtschaftsminister Wert darauf, daß die Tatsache festgestellt werde, daß er in der Auslieferungfrage durchaus den Standpunkt des Reichsfinanz- und der übrigen Reichsminister teilt.

## Jährliche Meldungen für die Breslauer Eisenbahnwerkstätten.

Breslau, 11. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Die Meldungen der Arbeiter zur Wiederannähme der Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten in den neuen Bestimmungen gehen jetzt ein. In einigen Tagen wird voraussichtlich der Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen werden.

In dem von der Entente besetzten Gebiet Oberschlesiens ist es seit dem Gleiwitzer Vorfall an keiner Stelle zu

irgend welchen Zusammenstößen mit der Ententebelegung gekommen. Es wird allgemein anerkannt, daß sich diese Verhältnisse zusehends bessern.

## Eine Rede Lloyd Georges.

REB. London, 10. Febr. (Reuters.) Im Unterhaus behandelte Lloyd George bei der Debatte über die Adresse auf die Ironie der in der Hausrückfrage innerer Art und was darauf hin, daß das Budget 1919 20 nicht anfallen werde. Er bekehrte sich bei seiner Erklärung über die auswärtigen Angelegenheiten auf England. Lloyd George führte die russische Politik der Regierung und legte Nachdruck darauf, daß Europa nicht wiederhergestellt werden könnte, bevor die russischen Hilfsmittel wieder zur Verfügung kämen. Der Premierminister sagte, es sei deutlich, daß der Bolschewismus nicht durch Aufrechterhaltung vernichtet werden könne. Er bekehrte seine militärische Intention des Bolschewismus weiter im Westen noch im mittleren Osten. Unter Bezugnahme auf den Vorfall des Reichsminister mit den Bolschewisten wiederholte Lloyd George, daß, bevor der Reichsminister, die Angelegenheit, die herabsetzende Methode angesehen habe und auf justifizierte Weise registriert, sein justifiziertes Gemeinwesen in der Welt gezeigt sein werde, unmittebar Frieden zu schließen. Es bekehrte seine Regierung, die das Recht habe, für sein Ausland zu stehen. Der einzige übrigbleibende Weg sei, Ausland durch den Handel zu retten, was einen beruhigenden Einfluß haben würde. Zur Zeit in London, wo die letzten und verächtlichsten Worte gesprochen wurden. In der Rede Lloyd Georges, könne unter diesen Umständen die englische Truppe aus Russland zurückgezogen werden. So könne die Regierung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Island verantwortlich ist, muß sie aber ihre Pflicht tun.

## Die militärische Räumung Oberschlesiens beendet.

Breslau, 10. Februar. Das Generalkommando des 8. Armeekorps teilt mit: Die Räumung der Zone II des Westschlesiengebietes in Oberschlesien (Nepum) erfolgte ohne Zwischenfälle. Die militärische Räumung Ober-Oberschlesiens ist damit beendet. Wie die Kaiserliche Eisenbahnverwaltung bezeugt, haben die Entente mit 11 Millionen ein solches Ergebnis erzielt: Für den Soldaten 3000 W. in monatlich, für den Truppen 12 000 W., für den Material 15 000 W., für den Material 20 000 W. in Monat. Die Division française in Berlin hat allein einen Personalbestand von 1100 Köpfen.

## Lebensmittelrawolle in Steiermark.

Graz, 10. Februar. Nach hierher gelangten Meldungen kam es heute nachmittag in Goben zu Lebensmitteldemonstrationen. Die Guben waren geschlossen, von der Feuerwehr Gebrauch zu machen. Hierbei wurden zwei Personen getötet und mehrere verwundet, von den Guben wurden drei Mann verletzt.

## Der Reichsminister des Äußern zur Auslieferung.

REB. Berlin, 10. Febr. Reichsminister Müller gegenüber Herrn Gagneur, Korrespondent der Zeitung „Le Matin“, eine Unterredung in der Fragen Gagneur: Welche Haltung nimmt die deutsche Regierung hinsichtlich der Auslieferungspargraphen ein? Welche Bedingungen wird die Veröffentlichung der Auslieferungsliste haben? antwortete der Reichsminister:

Die gegenwärtige deutsche Regierung ist die gleiche, die die Unterzeichnung des Friedensvertrages inkonkretisierte und den Vertrag ratifizierte. Es will das Menschliche leisten, um den Vertrag auszuführen, aber die Auslieferung ist ein Unterhandlungsgegenstand. Die deutsche Regierung ist bereit, die Friedensbedingungen zu erfüllen, aber die Auslieferung ist ein Unterhandlungsgegenstand. Die deutsche Regierung ist bereit, die Friedensbedingungen zu erfüllen, aber die Auslieferung ist ein Unterhandlungsgegenstand. Die deutsche Regierung ist bereit, die Friedensbedingungen zu erfüllen, aber die Auslieferung ist ein Unterhandlungsgegenstand.

Dies bringt mich zum zweiten Teile Ihrer Frage, die sich mit der Wirkung der Veröffentlichungsliste bezieht. Alle belagerten Gebiete der Bitterfeld und des Saale, welche die Welt in zwei feindliche Lager teilten, werden sich in ein Lager vereinigen. Die Veröffentlichung bedeutet einen fundierten Rückschlus für alle diejenigen, die daran arbeiten, den Gedanken der Entzweiung und die Abwanderung in den Hintergrund zu drängen, die mit Erfolg daran arbeiten, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationen zu überbrücken. Die Veröffentlichungsliste, die die Alliierten aufstellen für gut befinden, wird von deutschen Völkern nicht als eine gerechtfertigte begründete Maßnahme im Verlaufe eines gerechtfertigten Verfahrens, sondern lediglich als neue, beschämte Demütigung der deutschen Nation empfunden. Sie ist die reaktionäre Kräfte über die ganze Welt hin. Man kann nur hoffen, daß über Erwachen dieser Trümpfe das militärische Gefüge über die Geleise der Menschlichkeit nicht einseitig überwiegt.

## Up ewig ungedeckt...

Kiel, 11. Februar. Bis 9 Uhr morgens waren für den Island 2924 Stimmen für Dänemark 55 270 gestimmt. Eine Anzahl von Wählergruppen hat nicht mitgestimmt.

Up ewig ungedeckt... Es war einmal! Die Idee der Entente hat den Sieg auch im Norden unseres Vaterlandes davon getragen. Ihre Abtreunungspolitik und Geometrie trägt ihre Früchte. Die feindliche Besetzung während der letzten Wochen hat gewiss nicht wenig dazu beigetragen, dieses Wahlergebnis herbei zu führen. Hieraus und auf die feindlichen Schiften ist es wohl auch zurückzuführen, daß bisher nur eine Wahlbeteiligung von etwa 30 Prozent festgestellt werden konnte. In einer Frage, bei der der letzte stimmberechtigte Wähler hätte an der Wahlurne erscheinen müssen. Um Deutschland unter allen Umständen zu haben, hat die Entente bekanntlich festgelegt, daß in der ersten nordschlesischen Abstimmungszone alle die Gesamtzahl zu entscheiden hat. Es war nur von vornherein klar, daß auf diese Weise Dänemark auf jeden Fall einen unblutigen Erfolg erzielen würde. Wenn es in der obigen Meldung heißt, daß noch einige Landgemeinden ausstehen, ist es insofern anzunehmen, daß diese fehlenden Wahlkreise das Ergebnis noch mehr zu Gunsten der Dänen entscheiden.

Von einer Volksentscheidung kann hier jedenfalls nicht gesprochen werden. Das Ergebnis des 10. Februar hat nichts zu tun mit der freien Willensäußerung von fremdbürgerlichen Einwohnern in einem fremden Lande. Wir brauchen nur zu erwähen, daß in Hadersleben noch die bisher vorliegenden Nachrichten die Franzosen deutsche Bürger aus dem deutschen Wahlraum heraus mit einer niedrigen Begründung verhaftet haben. Ebenfalls ist es auch in Sonderburg zu feindlichen Ausstellungen gekommen. Die näheren Nachrichten der nächsten Tage werden jedenfalls noch mehr Gewalttätigkeiten aus Tageslicht bringen, durch die das Wahlergebnis auf alle Fälle beeinflusst werden mußte. Aber selbst wenn man zugibt, daß diese Vorverurteilung das Wahlergebnis nicht entscheidend beeinflusst haben, dann bleibt trotzdem noch die Tatsache bestehen, daß wir es hier nicht mit einem Akt der Gerechtigkeit zu tun haben. Gerecht und ansprechend hätte alle in eine gemeindefeindliche Stimmung wirken können, von der man in der ersten im Gegenteil zur zweiten Zone abließ, weil dann eben nicht das für die Dänen günstige Ergebnis erzielt worden wäre. Das jetzt zur Anwendung gekommene Abstimmungsverfahren führt zu einer schwereren Vergewaltigung deutscher Minderheiten und — deutscher Mehrheiten! Hat es z. B. noch etwas mit Gerechtigkeit zu tun, wenn wir hören müssen, daß in der Stadt Tondern 2508 deutsche Stimmen und nur 751 dänische abgegeben wurden und daß diese überwiegend deutsche Stadt durch das Gesamtergebnis demnach zum dänischen Dänemark geschlagen werden soll? So haben wir das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker denn doch nicht aufrecht! Aber nicht nur Tondern wird durch diesen Abstimmungsmodus verunglückt, hier auch andere Städte liegen die Verhältnisse ähnlich. In Apperab wurden abgegeben 2625 deutsche und 2124 dänische Stimmen. Also auch hier eine deutsche Majorität gegen die dänische dänische Majorität! Solche Beispiele lassen sich leicht vermehren, wenn erst sämtliche Wahlkreise vorliegen. Es ist Schuld der Entente und letzten Endes auch Schuld Dänemarks, wenn im Sinne des dänischen Staats eine deutsche Verdrängung geschaffen wird, die die Ursache sein wird und sein muß, daß es nicht zu einer solchen friedlichen Grenzveränderung kommt, wie es im Interesse der beiden benachbarten Völker erforderlich gewesen wäre.

Wie wir schon andeuteten, ist das Abstimmungsverfahren in der zweiten nordschlesischen Zone ein anderes. Dort ist man nicht in der dänischen Mehrheit sicher. Aber auch dort will man möglichst viel Gebiete von deutschen Völkern losreißen. Und darum wird dort gemeindefeindlich abgestimmt. Hier wird als gerecht anerkannt, was in der ersten Zone ungerichtet sein soll, wenigstens in den Augen der Entente. Eine Gemeindefeindlichkeit in der zweiten Zone hätte eine überwiegende Mehrheit für ein Verbleiben beim Deutschen Reich gebracht, eine gemeindefeindliche Abstimmung aber wird immerhin das Ergebnis bringen, daß sich in einzelnen Ortschaften eine dänische Mehrheit zeigt. Aber außerdem hat die Entente für diese Abstimmung, die wenige Wochen nach der ersten stattfinden soll, noch ein weiteres getan. Sie hat zu Gunsten der Dänen eine Reihe von Gewerkschaften geschlossen, durch die zahlreiche dort ansässige Deutsche das Stimmrecht verlieren. So stellt der „Vorwärts“ fest, daß in der deutschen Industriestadt Hensburg zahlreiche Arbeiter deutscher Nationalität das Wahlrecht durch die schändlichen Bestimmungen der

